

NRW glaubt an Entlastungen

Düsseldorf/Kreis Warendorf/Kreis Gütersloh (dpa). Nach dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern rechnen die NRW-Regierung und die Kommunen mit einer spürbaren finanziellen Entlastung bei der Unterbringung von Asylbewerbern. „Das Wichtigste ist, dass der Bund sich verpflichtet hat, die Verfahren zu beschleunigen. Das ist ja der Flaschenhals, unter dem Länder, Kommunen und die Flüchtlinge selbst leiden“, sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am Freitag.

Kommunen und Länder klagen seit Wochen darüber, dass das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge viel zu lange brauche, um zu entscheiden, welche Flüchtlinge in Deutschland

bleiben dürfen. In dieser Zeit müssen die Kommunen die Menschen unterbringen.

Kraft ist überzeugt, dass der Bund die Verfahren tatsächlich beschleunigen werde, auch aus eigenem finanziellen Interesse. Weil der Bund in Zukunft Geld für jeden betreuten Flüchtling zahle, werde es für ihn immer teurer, je länger ein Asylverfahren dauere. Pro Monat sollen der Vereinbarung zufolge ab dem kommenden Jahr je Flüchtling 670 Euro vom Bund an die Länder fließen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Kreis Warendorf, Reinhold Sendker, lobte den Systemwechsel zu einer festen Kostenerstattungspauschale als „kommunalfreundlich“. „Dieses

Geld wird die Lage der Kommunalhaushalte entspannen“, erklärte auch Bernhard Daldrup, SPD-Bundestagsmitglied aus Sendenhorst. Der Vize-Fraktionschef der CDU im NRW-Landtag, André Kuper aus Rietberg, forderte die rot-grüne Landesregierung auf, den Kommunen nun die gesamten Ausgaben für die Flüchtlingsunterbringung zu erstatten.

Auch der Städte- und Gemeindebund NRW sieht schnellere Prüfverfahren als wichtigen Schritt. In jedem Fall müsse die Landesregierung das Geld des Bundes nun zu 100 Prozent an die Kommunen weiterleiten, forderten die Vertreter von Städten und Gemeinden.